

# Volksstimme

Einzelpreis 10 Pfennig.

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pannitzsch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummer: Für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794 für den Verlag und die Druckerei Nr. 881. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110. — Bezahlungsverhältnisse: Vom 1. bis 15 Juli 1,00 Mark, Abnehmer 0,80 Mark.

Anzeigenpreise in Goldpfennigen: Die 10gespaltene, 27 Millimeter breite Nonparelletzeile örtlich 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig, Familienanzeigen und Stellengesuche 12½ Pfennig, Vereinskalender 20 Pfennig, die dreigespaltene 30 Millimeter breite Reklamezeile örtlich 100 Pfennig, auswärts 150 Pfennig. (Eine Goldmark = ein Dollar geteilt durch 4,20.) Der gewährte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 8 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Platzverdrängungen keine Gewähr. — Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 157.

Magdeburg, Dienstag den 8. Juli 1924.

35. Jahrgang.

## Sieben Jahre Bruderermord.

Vor genau zwei Jahren gab die Sowjetregierung feierlich bekannt, daß die Todesstrafe nur noch auf Grund eines Gerichtsurteils in bestimmten Fällen angewandt werden sollte. Die gefährdetste und viel gehäufte Tscheka wurde damals in eine sogenannte „staatslich politische Verwaltung“ umgetauft und ihre Kompetenzen auf politische Verbrechen beschränkt. In Wirklichkeit haben jedoch die standrechtlichen Erschießungen nie aufgehört und auch sonst ist trotz der Ankündigung alles beim alten geblieben. Im März dieses Jahres hat die Sowjetregierung das selbst zugestanden. Die Tscheka erhielt offiziell alle früheren Rechte zurück, sie durfte jetzt auch offiziell wieder standrechtliche Erschießungen vornehmen. Als Zweck dieser Maßnahme gilt nicht etwa die Abwehr der Konterrevolution. Die Einsetzung der Tscheka in ihre alten Rechte erfolgte vielmehr, um das streikende Proletariat und das aufständische Bauerntum niederzuhalten.

Offizielle Nachrichten und authentische Berichte aus Rußland schildern ein unglaubliches

### Martyrium der Arbeiter und Bauern.

Um Streikversuche im Keime zu ersticken, wurden in den letzten Monaten Fabriken umzingelt und Tausende von Arbeitern verhaftet. Arbeiter der staatlichen Betriebe, die in den Streik traten und die Auszahlung ihrer Löhne erzwingen wollten, warf man in den Kerker oder verbannte sie in den hohen Norden. Arbeitslose, die von Verzweiflung und Hunger getrieben, sich in Demonstrationen zusammenfanden, wurden von den Gerichten zu Gefängnisstrafen und zum Tode verurteilt, oder standrechtlich von der Tscheka erschossen.

Nicht besser ergeht es den Bauern. Aus dem fernen Osten und aus dem Kaukasus, aus Turkestan, vom Ural und vom Don werden Aufstände gemeldet. Im Ural-Gebiet sind Hunderte von Bauern

### von Strafexpeditionen hingemordet worden,

während in Turkestan schon wochenlang blutige Kämpfe zwischen den Aufständischen und den regulären Truppen andauern. Die Gefängnisse sind überfüllt. Es wird sogar offiziell von körperlichen Massenzüchtigungen berichtet. In den Unversitteten werden alle angeblich kommunistenfeindlichen Elemente auf Grund irgendeiner Verdächtigung ausgemerzt. Am schlimmsten wird es natürlich mit den Sozialdemokraten, Sozialrevolutionären und Anarchisten getrieben. Erst vor wenigen Wochen mußte die „Kosta“, das offizielle Telegraphenbureau der russischen Regierung, melden, daß sich der jugendliche Sozialdemokrat Kronowitsch das Leben genommen habe. Das gleiche wurde von dem jungen Sozialrevolutionär Sandomir berichtet, und nicht viel später mußte die Erschießung von sechs Sozialisten durch die Wache im Konzentrationslager Solowiki im hohen Norden bestätigt werden.

Die rücksichtslose Gewaltherrschaft der Sowjets hat ihren Eindruck auf einen großen Teil der Arbeiterkass nicht verfehlt. Fortgesetzt werden Austritte aus der kommunistischen Partei und

### Selbstmorde aus politischen Gründen

gemeldet. Erst kürzlich hat sich das Mitglied des Moskauer Volksrats Lutowinow das Leben genommen, nicht etwa aus familiären Gründen, sondern aus Motiven, die lediglich in der Politik der Sowjetregierung zu finden sind. Auch der hervorragende Kommunist Masnikow, der Mörder des Kaisers Nikolaus 2. hat einen Versuch zum Selbstmord gemacht, nachdem er als Führer der Arbeiteropposition ins Gefängnis wandern mußte. Der erst vor wenigen Wochen auf offener Straße erfolgte Selbstmord des Arbeiters Skworzow dürfte ebenfalls noch allgemein in Erinnerung sein. In dem von ihm hinterlassenen Briefe hieß es unter anderem:

„Hört endlich auf, den Namen Marx zu schänden.“

Andre, die seiner Ueberzeugung waren, aber nicht durch Selbstmord endeten, sondern der Tscheka bzw. der kommunistischen Partei den Rücken kehrten, sitzen heute im Gefängnis. Auch für diese Behauptung gibt es unendliche Beweise!

Viele Zeitungsblätter wären notwendig, um alle Verbrechen und Schandtaten, die von den Organen der Sowjetregierung ausgeführt und offiziell geduldet werden, zu registrieren. Ganze Bände müßte man füllen, wenn der Versuch gemacht werden soll, all das Grauenhafte zu Papier zu bringen, womit die Sowjetregierung im Laufe der letzten

### sieben Jahre am russischen Volke gesündigt

hat. Der russische Historiker Professor Melgunow hat in einem Buche, das den Titel „Der rote Terror in Rußland“ trägt und Anfang Juli in deutscher Sprache erscheint, diesen Versuch unternommen. An Hand von authentischem Material entwirft er ein Bild, das kaum glaublich erscheint, aber dennoch auf Wahrheit beruht. Aus der Lektüre des Buches ergibt sich, daß der Terror von heute nichts anderes ist als die Fortsetzung jenes Systems, das im Jahre 1918 zum Prinzip erhoben wurde und heute das Fortbestehen des bolschewistischen Rußlands sichern soll. Es ist ein System, das in Wirklichkeit die Dummheit der Sowjetregierung offenbart. Wir würden nur wünschen, daß die kommunistische Arbeiterkass Deutschlands das Buch Melgunows liest. Sie dürfte dann genau so wie Hunderttausende von russischen Arbeitern dem Kommunismus mit Entsetzen den Rücken kehren.

### Jagd auf Sozialdemokraten.

Das von uns angenagelte Vorgehen des württembergischen urteutonischen Staatspräsidenten Bazille gegen den bisherigen württembergischen Gesandten in Berlin Genossen Hildenbrand erregt allgemeines Aufsehen. Die Zuschriften, die die Berliner bürgerliche Presse aus Stuttgart erhält, legen dafür Zeugnis ab. Wir begnügen uns, wie der „Vorwärts“, damit, auf die „Germania“ hinzuweisen, deren Meinung in diesem Fall um so unbedingter ist, als das Zentrum in Württemberg sich so weit nach rechts gemauert hat, wie es überhaupt möglich ist. In der Zuschrift heißt es:

Etwas trübsig hat die eigenmächtige Abberufung des württembergischen Gesandten Hildenbrand durch Bazille gemacht. Der bisherige Vertreter unseres Landes in Berlin ist im November 1918 vom Staatspräsidenten Vlos ernannt worden. Hildenbrand ist Sozialdemokrat, und man ist zur Annahme berechtigt, daß der Wechsel der Gesandtschaft in Berlin mit dem bestimmten deutschnationalen Kampfe gegen den Marxismus im Zusammenhang steht. Das wird in dem offiziellen Organ der Bürgerpartei, in der „Süddeutschen Zeitung“, bestritten, indem gesagt wird, daß die neue württembergische Regierung Wert darauf legen müsse, insbesondere im Hinblick auf die bevorstehenden Verhandlungen mit Berlin, dort durch eine juristisch und verwaltungstechnisch geschulte Persönlichkeit vertreten zu sein. In den Reihen der Sozialdemokratie, die auf ihren langjährigen erfolgreichen parlamentarischen Führer große Stücke hält, hat diese Maßnahme starke Erbitterung erzeugt. Auch die Demokratie weiß darauf hin, daß Hildenbrand in den verflochtenen 5½ Jahren die Geschäfte der württembergischen Gesandtschaft mit Geschick und Erfolg versehen habe, und daß kein Grund für seine Abberufung vorliege. Man kann darauf gespannt sein, wer sein Nachfolger wird. Schon vor Eintritt in die Koalition nannte man dafür die Abgeordneten Weizsäcker und Freiherr von Stauffenberg. Da aber diese Männer ebensowenig Fachleute im Sinne Bazilles sind wie Hildenbrand, so muß auf andere Namen zurückgegriffen werden. Uebrigens darf laut Verfassung der Staatspräsident hier nicht diktatorisch vorgehen; die Gesandtschaft ist vielmehr eine Angelegenheit, welche der gesamten Regierung unterstellt ist. Das Zentrum wird auch hier einen Ausgleich zu finden wissen, der beide Teile befriedigen kann.

Das Vorgehen des deutschnationalen Bazille gegen Hildenbrand sieht nicht vereinzelt da. Das Bürgerkass, auch die Mittelparteien, legt auch an andern Orten einen verdächtigen Eifer an den Tag, wenn es sich darum handelt, Sozialdemokraten abzubauen.

Zu dem Abbau des Berliner Stadtkulturs Paulsen gesellt sich der Abbaubefehl gegen den Kasseler Oberbürgermeister Scheidemann, und jetzt auf Drängen der Welfen ein gleicher Beschluß gegen den hannoverschen Oberbürgermeister Leinert. Die verlogene Redensart, mit der man Hildenbrand gegenüber operiert, es müsse eine „juristisch und verwaltungstechnisch geschulte Persönlichkeit“ auf seinen Posten berufen werden, taucht bei all diesen Aktionen in wenig abgeänderter Form auf.

In Wirklichkeit handelt es sich darum, daß die bürgerlichen Parteien überall da, wo sie glauben, dazu umstände zu sein, wieder in den Kurs gegen die Sozialdemokratie einzuweisen. Die Mittelparteien scheuen sich dabei nicht, mit den Reaktionsären an einem Stränge zu ziehen.

Daß die vorgebrachten Gründe für diese Abbaumaßnahmen nur Vorwände sind, weiß jeder. Alle diese Beschlüsse zeigen nur, wozu die Personalabbauverordnungen im Reich und in den Ländern mißbraucht werden. Ihre beschämende Aufhebung ist deswegen ebenfalls notwendig wie eine sorgfältige Nachprüfung der auf Grund dieser Verordnungen erfolgten Maßnahmen.

Das Bürgertum darf sich nicht darüber täuschen, daß diese Art von „Politik“ schließlich auch politische Auswirkungen zeigen muß und daß die Kurzsichtigkeit, mit der man hier versucht vorzugehen, sich an den Vätern dieser Aktionen noch schwer rächen wird.

### Die Volkspartei hilft Poincaré.

Die Deutsche Volkspartei hat am Sonntag ihren Zentralvorstand, der einige hundert Personen umfaßt, in Frankfurt a. M. versammelt. Dieser numerisch große Parteikörper wählte Stresemann zum Vorsitzenden der Partei. Sogar durch Zufall. Seine Gegner wagten sich nicht hervor.

Sie hatten es auch nicht nötig. Sie konnten die Peron zurückstellen, da sie in der Sache siegten. Erstens einmal tagten sie alle unter schwarzweißen Fahnen. Die Farben der Republik sah man nicht. Zweitens wurden deutschnationale Resolutionen angenommen. Die eine bezieht sich auf die Außenpolitik des Reiches. Als Gegenleistung für die Annahme des Sachverständigenberichts werden Forderungen aufgestellt, von denen Stresemann genau weiß, daß Gerriot, Macdonald sie im Augenblick — Zug um Zug — nicht erfüllen können. Trotzdem hat er keinen Widerspruch erhoben und die Streichung der deutschnationalen Stellen nicht verlangt.

Das gleiche gilt für die innenpolitische Resolution, in der die Schaffung des Bürgerblocks, also die Vereinnahmung der deutschnationalen in die Regierung verlangt wird. Stresemann weiß wieder genau, daß dadurch Deutschland in die schwerste Bedrängnis geschleudert wird, aber er tut nichts, um diese Wendung abzuwehren.

Nun ist Stresemann ja nicht ein beliebiger Parteiführer, sondern Minister des Auswärtigen. Die französische nationalistische Presse wird sich daher gierig auf die fetten Brocken werfen und die deutsche Regierung anklagen, daß sie die alte Doppelgängigkeit weiter betreibt. Und sie wird drüber damit Glauben finden.

So arbeitet die Deutsche Volkspartei dem Poincaré in die Hände und beweist, daß ihr Zentralvorstand von auswärtiger Politik auch heute noch nicht einen blässen Schimmer besitzt. Und das alles aus Furcht vor der deutschnationalen Konkurrenz.

### Sozialpolitischer Rückschritt.

Der Reichsarbeitsminister hat unter dem 27. Mai ein Rundschreiben an die Schlichter erlassen, in dem dieser die zurecht Beachtung der für die Verbindlichkeitserklärung von Schiedsprüchen bestehenden Grundsätze zur Pflicht gemacht wird:

Die Einrichtung der Verbindlichkeitserklärung von Schiedsprüchen läßt nur dann den gewünschten Erfolg erwarten, wenn der staatliche Zwang eine seltene Ausnahme bildet. Auch die Parteien des Wirtschaftslebens müssen sich daran gewöhnen, sie als solche zu betrachten. Statt dessen ist es nach meinen Erfahrungen heute zur Regel geworden, die Verbindlichkeitserklärung zu beantragen, falls eine Partei einen Schiedspruch ablehnt, und zwar auch in Fällen, in denen die Parteien selbst wohl nicht annehmen können, daß ein öffentliches Interesse diesen staatlichen Zwangsingriff notwendig mache.

Die Arbeitgeberpresse bucht diesen Erlaß als einen Teilerfolg in ihrem Kampfe gegen den Tarifzwang. Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ (Nr. 153) geht dabei sogar so weit, zu behaupten, daß die strengen Voraussetzungen, die das Gesetz und die Anweisungen der obersten Schlichtungsbehörde an die Verbindlichkeitserklärung knüpfen, praktisch außer acht gelassen worden seien. Beweise dafür werden nicht angeführt. Es wird vielmehr behauptet, daß häufig die Verbindlichkeitserklärung ausgesprochen wurde, weil der Schiedspruch der Billigkeit entsprach. Dagegen sei nicht geprüft worden, inwiefern wirtschaftliche und sozialpolitische Gründe die Anwendung staatlichen Zwanges erforderlich machten. Zu diesen Vorwürfen werden sich die beteiligten Stellen selbst zu äußern haben.

Was hier in erster Linie interessiert, ist der Umstand, daß der Erlaß in einem Augenblick herausgegeben worden ist, in dem die Arbeitgeberverbände in steigendem Umfang dazu übergehen, sich durch die Milderung ihrer Satzungen jeder tarifvertragsmäßigen Bindung zu entziehen. In der Regel geschieht das durch einen Beschluß, wonach ein Tarifvertrag nur dann durch die zuständigen Organe abgeschlossen werden darf, wenn sich mehr als zwei

Drittel der Mitglieder dafür aussprechen. In der Praxis führt das zur Ablehnung jeder kollektiven Vereinbarung von Arbeitsbedingungen und aller Schiedsprüche, die entsprechende Vorschläge machen. Die Festsetzung von gewissen Mindestbedingungen für Arbeiter und Angestellte gehört aber ebenso sehr zu den unerlässlichen Voraussetzungen einer gesunden Sozialpolitik, wie die Beteiligung der berufenen Vertreter der Arbeitnehmer der Gewerkschaften, an dieser Regelung. Die Arbeitgeberverbände aber wollen sowohl die einseitige Festsetzung des Arbeitsvertrags durch den Unternehmer wie die Beseitigung jeder Mitwirkung der Gewerkschaften.

Die Schlichtungsorgane brauchen Beschlüsse wie die erwähnten nicht zu beachten; sie sind durchaus in der Lage, wenn sie angerufen werden, auch einer sich weigernden Vereinbarung von Arbeitgebern Vorschläge zu einer Gesamtvereinbarung zu machen. Diese Vorschläge sind aber „für die Kasse“, wenn sich keine Behörde zur Verbindlichkeitsklärung bereit findet. Wie stellt sich der Reichsarbeitsminister dazu? Will er auch in solchen Fällen von der Anwendung staatlichen Zwanges absehen? Mit andern Worten: Will er die Hand dazu bieten, daß die Gewerkschaften ausgegliedert und die Arbeitsbedingungen wieder einseitig festgesetzt werden?

Die Gewerkschaften werden sich mit einer solchen Entwicklung der Dinge abzufinden wissen. Aber es bleibt doch die Frage offen, in welcher Weise der Reichsarbeitsminister den in der Verfassung angelegten Schutz der Arbeitskraft verwirklichen will, wenn das Mindestmaß der Arbeitsbedingungen und des Arbeitseinkommens wieder dem selbstherrlichen Ermessen des Unternehmertums überlassen sein soll. Die Aufnahme des erwähnten Erlasses in der Unternehmerpresse zeigt deutlich, daß er einen Rückschritt im Tempo umher Sozialpolitik darstellen soll. Es wäre schon deshalb wünschenswert, vom Reichsarbeitsminister klipp und klar zu hören, ob er so gemeint ist.

### Republikanische Schande.

Am Sonntag wurde die Einweihung eines Gedenksteins für die 30 000 im Weltkrieg gefallenen Kämpfer, der vor der Münchner Hofburg errichtet und am Sonntag einmündig werden ist, zu einer monarchistischen Demonstration benutzt. Vor Kuprecht von Witzelsbach, der, umgeben von verschiedenen Fraktionen, auch zu dieser Feier erschienen war und von den Vertretern der politischen und juristischen Behörden, darunter auch dem Ministerpräsidenten Heß und dem ehemaligen Ministerpräsidenten Anshelm auf die Kasse begrüßt wurde, deskrizierten in mehr als halbstündigem Redebeitrag unter den Klängen des „Ave Maria“ Reichswehrtraditionen, Offiziers- und Soldatenverbände, Vaterländische Vereinigungen und Mitglieder des Landtags, darunter auch Leute in Militär-Uniform.

Die verschiedenen Hoch- und Heilrufe auf Kupprecht fanden freilich kein allzu großes Echo. Von den Reden, die gehalten wurden, ist folgender Satz des Ministerpräsidenten Heß bemerkenswert:

„Wir haben allen Anlaß zu der Hoffnung, daß unsere Kämpfer und Soldaten neue Leiden durch verführerische Forderungen erleiden, die das Land den Franzosen in die Hände spielen wollen.“

Es scheint — und Schuldigungen an unrichtiger Stelle bezeugen das —, daß die herrschende Staatsregierung namentlich mit separatistischen Stimmungen in der Kasse rechnet. Als monarchistische Grundgedanken ein geeignetes Mittel sind, von der in seiner Mehrheit republikanisch und demütig stehenden Bürger Bevölkerung separatistische Stimmungen abzulenken, muß doch mit Recht bezweifelt werden.

### Kleines Feuilleton.

#### Infamie.

Wohlan, wenn die Deutschnationalen sich demokratisch gebildet, ist irgend etwas. So ist es auch jetzt wieder in der „Republik“ Tageszeitung, unter der Leitung „Kunst und Politik“ eines Mannes an der „Kasse“, hat sich eine Seite in der „Republik“ geöffnet. Und zwar ist es nicht die alte bekannte „Republik“ an der man sich früher so gerne vergewisserte, sondern die „Republik“ der „Kasse“.

Die „Kasse“ hat sich nicht nur eine „Republik“ an der man sich früher so gerne vergewisserte, sondern die „Republik“ der „Kasse“.

Die „Kasse“ hat sich nicht nur eine „Republik“ an der man sich früher so gerne vergewisserte, sondern die „Republik“ der „Kasse“.

Die „Kasse“ hat sich nicht nur eine „Republik“ an der man sich früher so gerne vergewisserte, sondern die „Republik“ der „Kasse“.

Die „Kasse“ hat sich nicht nur eine „Republik“ an der man sich früher so gerne vergewisserte, sondern die „Republik“ der „Kasse“.

Die französischen Chauvinisten werden für den prächtigen Gehstiefel danken, den ihnen dieser neuzeitliche Münchner Republikaner wieder bietet. Ausgerechnet in einem Augenblick, wo die französische Regierung Herriot wegen ihrer Verjährungspolitik dem heftigen Widerstand der Nationalisten im eigenen Lande ausgesetzt ist, deskrizieren in München die Truppen der Republik vor dem Schloß der bayerischen Monarchie. Die französische Reaktion wird diese Unterstützung ihrer Politik durch amtliche Organe des Reiches sicherlich schon in den nächsten Tagen dankend quittieren. Es ist aber auch eine republikanische Schande, die Reichswehr, die die Republik schützen soll, gemeinsam mit Hiltlergardisten, die der Republik ans Leben wollen, aufmarschieren zu sehen.

Noch eine Monarchistenparade fand am Sonntag in Frankfurt a. M. Oder statt. Die fälschlich als Sporttag gekennzeichnet worden war. Es handelte sich um einen nationalen Rummel schäumten Grades. Die Stahlhelmer und Bismarck waren aus allen Gebieten des Reiches Frankfurt in ihren Uniformen anmarschiert. In der Marienkirche erfolgte die Weihe von nur 18 Fahnen. Die Umgebung der Marienkirche und der Bahnhof gleichen einem feindlichen Heerlager.

Wie wir hören, soll in 14 Tagen wieder ein nationaler Rummel größten Stils in Frankfurt stattfinden, zu dem auch Ludendorff erscheinen soll. Hoffentlich weiß die Regierung dann, was sie aus innen- und außenpolitischen Gründen zu tun hat.

### Republikanischer Tag im Osten des Reichs.

Am Sonnabend und Sonntag fand in Rastenburg (Westpreußen) der erste republikanische Tag in der Ostmark statt, zu dem Tausende aus Ost- und Westpreußen erschienen waren. Nach einer Vorrede am Sonnabend abend begann das Fest am Sonntag mit einem Morgenkonzert. Es folgte ein Umzug der Festteilnehmer durch die Stadt zum Denkmal für die im Kriege Gefallenen.

Nachmittags trafen etwa 3- bis 4000 Republikaner zur Jubiläumssitzung an. Freier von Brandenstein plante in seiner Rede die Notwendigkeit, die schwarzrotgoldene Fahne der Republik hoch zu erheben gerade in dieser Provinz, deren Bevölkerung bei der Volksabstimmung vor vier Jahren ihre Treue zum Deutschtum so tapfer bekundet habe.

Vom Reichspräsidenten Ebert, vom Oberpräsidenten Siehe und vom Schöpfer der Weimarer Verfassung, Abgeordneten Dr. Preuß waren Begrüßungsgramme eingegangen.

### Gewerkschaften und Erwerbslosenproblem.

Der Bundesvorstand des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes und die von ihm zusammenberufenen Bezirksvereine des Reiches nahmen am 4. und 5. Juli zu einigen dringenden Fragen der Erwerbslosenfürsorge wie folgt Stellung:

Die gegenüber der schweren Krise des Arbeitsmarktes völlig unzureichenden Einrichtungen der Erwerbslosenfürsorge und der Arbeitsvermittlung geben Veranlassung, zu betonen, daß Vorgehensmaßnahmen werden müssen, um eine größere Einseitigkeit zwischen Erwerbslosenfürsorge und Arbeitsvermittlung herbeizuführen. Die in allen Bezirken des Reiches beobachteten unzureichenden Fortschritte bei der Zubereitung der Erwerbslosenunterstützung, der Nichtunterstützung großer Massen Erwerbsloser machen eine schleunige Abklärung der bisherigen Verordnung durch ein Arbeitslosenversicherungsgesetz, das ein der Vertragsgesetz entsprechendes Unterhaltungsrecht der Versicherten gewährleistet, notwendig. Bis dahin muß jedoch verhindert werden, daß die Verwaltungsbehörden wegen angeblich „mangelnder Beschäftigung“, oder weil die Erwerbslosigkeit nicht „Kriegsfolge“ ist, große Massen tatsächlich bedürftiger Erwerbsloser ohne Unterstützung lassen.

Die Erwerbslosenunterstützung muß der notwendigen Ergänzung der Erwerbslosen angepaßt und dementsprechend wesentlich erhöht werden. Die Kurzzeiterunterstützung muß wieder eingeführt werden. Bis zur Schaffung einer

gesellichen Arbeitslosenversicherung muß die Erwerbslosenfürsorge auf Grund der bestehenden Verordnung zweckentsprechend ausgebaut werden, um die dringend nötigen Arbeiten zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit zu gewährleisten. Dazu gehört in erster Linie die Schaffung einer einseitigen Reichs-Beitragsgemeinschaft, um unter den durch die Krise ganz unterschiedlich betroffenen Bezirken den notwendigen Ausgleich zu erzielen. Abzulehnen ist der Versuch, alle die Erwerbslosenfürsorge betreffenden Maßnahmen grundsätzlich nur den Ländern zuzuwenden. Die Einheitlichkeit der Erwerbslosenfürsorge für das ganze Reich darf nicht zerstört werden. Da eine Reichs-Beitragsgemeinschaft nicht unmittelbar durchzuführen ist, muß sofort als Vorstufe eine ausgleichende Versicherungsgemeinschaft für den Bereich jedes Landesamts für Arbeitsvermittlung gebildet werden.

Diese Regelung begegnet besonders in Preußen starken Widerständen, weil das Wohlfahrtsministerium bestrebt ist, die Durchführung der Erwerbslosenfürsorge unter Aufsicht der Selbstverwaltung der Beitragsträger grundsätzlich zur Aufgabe der allgemeinen Staatsverwaltung zu machen. Gegen diese Regelung muß schärfste Bewachung eingelegt werden, weil sie die notwendige Verbindung zwischen Erwerbslosenfürsorge und Arbeitsvermittlung hindert. Die Zusammenfassung aller die unterliegenden und die vorbeugende Erwerbslosenhilfe betreffenden Aufgaben muß im Gegenteil bestmöglich durchgeführt werden. Dieses kann nur unter der tatsächlichen und verantwortlichen Mitwirkung der Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber geschehen. Hierzu sind die Landesämter für Arbeitsvermittlung berufen. Diese sind zweckentsprechend auszubauen und mit genügend weitgehenden Verwaltungsbefugnissen auszustatten.

Der Versuch, in Preußen unter Umgehung der Landesämter Beitragsgemeinschaften für den Bereich der Regierungsbezirke einzurichten und den Regierungspräsidenten die Durchführung der Erwerbslosenfürsorge zu übertragen, muß abgelehnt werden. Der Bezirk ist für einen Jahresausgleich zu klein. Verwaltungsausschlüsse für den Bereich eines Regierungsbezirks bestehen nicht. Es muß abgelehnt werden, solche besonders Körperchaften zu bilden, lediglich, um die nach der Reichsverordnung notwendige Beitragsfestsetzung zu ermöglichen, da diese Körperchaft keine Selbstverwaltung darstellen, sondern nur zur Beitragsfestsetzung berufen wäre, ohne weitere Rechte zu haben.

Desgleichen muß abgelehnt werden, die Beitragsfestsetzung für den Regierungsbezirk durch den Verwaltungsausschuß irgend eines örtlichen Arbeitsamtes vorzunehmen. Die Gewerkschaftsvertreter werden aufgefordert, dahingehenden Ansuchen der Regierungsbehörden nicht zu entsprechen.

### Hungerzölle.

Im Anschluß an die Erklärungen des Ernährungsministers, durch „Eckhart“ im Rahmen der Landwirtschaft entgegenzukommen und durch Ermäßigung der Verbrauchsabgaben einen Ausgleich für die eintretende Verteuerung des Lebensunterhalts herbeizuführen, haben im Reichskabinett eine Reihe von Erörterungen stattgefunden. Zu endgültigen Beschlüssen, besonders über die Fixierung der Höhe der Zollsätze, soll es bis jetzt noch nicht gekommen sein. Jedenfalls bestehen über die von verschiedenen Seiten gemachten Vorschläge die größten Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierung.

Dagegen ist sich das Kabinett über die Ermäßigung der Verbrauchsabgaben insofern schlüssig geworden, daß die Umsatzsteuer von 2½ auf 2 Prozent reduziert werden soll. Die endgültige Entscheidung darüber treffen Reichsrat und Reichstag.

Die Herabsetzung der Umsatzsteuer ist aus wirtschaftlichen Gründen geboten und auch durchaus möglich, da das Einkommen aus der Umsatzsteuer die Veranschlagung bei weitem übertrifft. Protestiert werden muß aber, daß die Angelegenheit der Umsatzsteuer, die eine Sache für sich darstellt, im Zusammenhang mit der Hungerzollfrage behandelt und so als Konzeption mißbraucht wird. Schließen sich Reichsrat und Reichstag dieser Methode an, so wird für die Bevölkerung, der man durch unethischen Zoll den Lebens-

sein gelegentlichen Schlingens und einer passiven Resistenz gegen die von den Herren des Reiches betriebene Sozialdemokratische Politik im Reichskabinett ein unpopuläres Gesicht ernst gemacht und den völlig unrichtigen Versuch einer schmerzhaften Herabsetzung der Steuern zu unternehmen. Es ist begreiflich, daß ein solches Vorgehen mit dem Reichsrat nicht vereinbar ist, wenn es nicht, das ein gesamtdeutsches Gesicht das gefiel, was die angeblichen Führer und Förderer der Bildung und Kultur verstanden haben.

Was man sich auf die verschiedenen Institutionen einer Arbeitslosenversicherung als einem Schmelzwerk für künstlerische Qualitäten überlassen beruht, dann darf man doch nicht pöbelhaft alles wegwerfen, was man Jahre lang vorher angepöbel hat. Man braucht sich ja nur an den Versuch unserer Reichsregierung zu erinnern, der im vergangenen Winter zu einem weichen Wirtentum und dementsprechend anpassender in — auf Seiten des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft. Solche Ereignisse — wie nehmen sie die unpopuläre Sozialdemokratie — wiegen doch wohl ein wenig schwerer als die mehr oder weniger periodisch — wie haben sich „politisch“ — gemeinsamen Reichs- und Reichsministerien in der letzten „Republik“-Ausführung.

Wie haben dem Herrlichen Reichstag diese Anerkennung für eine unpopuläre gewöhnliche Langzeit nicht mit sich gebracht. Über der Reichsministerialen Reichs, dessen Arbeitslosigkeit auszuführen, müssen wir uns aller Ernsthaftigkeit enthalten. Denn wichtiger als alle anderen und fernstehenden Interessen ist die Frage und Förderung des gesamten arbeitenden Lebens unter Gott. Der Herrliche muß zurücktreten, wenn das Interesse der Bevölkerung es erfordert.

Was der Reich der Reichstag. Wie die „Republik“ in Berlin dem Reichsministerialen Reichs, dessen Arbeitslosigkeit auszuführen, müssen wir uns aller Ernsthaftigkeit enthalten. Denn wichtiger als alle anderen und fernstehenden Interessen ist die Frage und Förderung des gesamten arbeitenden Lebens unter Gott. Der Herrliche muß zurücktreten, wenn das Interesse der Bevölkerung es erfordert.

Was der Reich der Reichstag. Wie die „Republik“ in Berlin dem Reichsministerialen Reichs, dessen Arbeitslosigkeit auszuführen, müssen wir uns aller Ernsthaftigkeit enthalten. Denn wichtiger als alle anderen und fernstehenden Interessen ist die Frage und Förderung des gesamten arbeitenden Lebens unter Gott. Der Herrliche muß zurücktreten, wenn das Interesse der Bevölkerung es erfordert.

Galeries hervorragender Gemälde alter Meister im Landesmuseum eine Galerie moderner Gemälde angliedern. Mit Hilfe des Künstlerbundes Niederbayern, dem der Staat die Anregung zu dieser Neuerung verdankt, ist im Begriff, eine Reihe Gemälde von bekannten modernen Meistern zu erwerben, die den Grundstock für das neue Museum bilden werden.

Werkbundausstellung. Seit der Gründung des Werkbundes im Jahre 1907 hat die Werkbundidee in Deutschland auf breiter Front Boden gewonnen. Auf seinem Programm steht die Verdrängung aller Stilimitier durch wirkliche Eigenherkunft. In England haben unter dem Eindruck der Kölner Werkbundausstellung 1914 schon im ersten Kriegsjahr amtliche Stellen zur Gründung eines parallelen englischen Werkbundes aufgefordert, und selbst in dem unheimlich so reaktionären Frankreich legt man heute die Fundamente einer großen Schau, deren Motto heißt: „Los von den Königsstilen“. Was über die Notwendigkeit des Fortwärtbringens Geheimrat Niemierich, der Vorsitzende des Deutschen Werkbundes, sprach, sollte allen in allem voranzukommen: nicht profan mit erreichtem Niveau, nicht Verdrängung des Niveau der andern darf unser Kampfziel sein, sondern einzig das neue und herrliche: „Besser machen“. Unter diesem Motto über der Werkbund denn auch an den Ergebnissen der Münchner Gewerbeausstellung 1922 jährte Eigenkritik und fand, daß zwar die ornamentale Frage weitgehend gelöst sei, daß aber die ornamentale Vollkommenheit sich geradezu zum Defizient für manche formale Unvollkommenheit herausgebildet habe. Und so heißt es man die Veranlassung einer ausschließlich dem Formproblem gewidmeten Schau. Diese fand als Höhepunkt des Stuttgarter Kunstbundes im Handelshof zu Stuttgart ihre Krönung.

Reichsminister Ehring in München. Bei einer Feier zu Ehren des Reichstages Prof. Dr. Georg Reichsminister, der am 29. Juli seinen 70. Geburtstag feierte, teilte der Erste Bürgermeister von München, Schmid, unter lebhaftem Beifall mit, daß die Stadtgemeinde in Würdigung der Verdienste Reichsministers um den Ausbau des Münchner Schulwesens beschließen hat, die erste Gewerkschule, die unter Reichsminister errichtet wurde, künftig „Reichsminister-Gewerkschule“ zu nennen und außerdem ihm zu Ehren auch eine Straße mit seinem Namen zu benennen.

Feiertag von „Rasse Reich“. Die Deutsche dramatische Gesellschaft in Olmütz plante eine Aufführung von Döllers Drama „Rasse Reich“ im Stadttheater. Die Polizei hat nun, wie uns berichtet wird, die Aufführung verboten, mit der Begründung, daß der Inhalt des Werkes gegen die bestehenden Gesetze und religiösen Einrichtungen verstoße und die Empfindungen der Zuschauer verletzen könnte. Die Veranstalter ergriffen keinerlei Rechtsmittel, so daß das Verbot rechtskräftig wurde. Das Werk wurde bisher in der Provinz nicht auf die Bühne gebracht.

unterhält verteuert, in Wirklichkeit, soweit die Steuer auf den Umsatz in Frage kommt, weder Erleichterung noch Ausgleich geschafft. —

### Seize gegen Herriot.

Während man in den politischen Kreisen Frankreichs den jüngsten englisch-französischen Zwischenfall mit der von London gegebenen Erklärung, daß das der Einladung zur Londoner Konferenz beigefügte Memorandum lediglich den Standpunkt des englischen Auswärtigen Amtes wiedergibt, die französische Regierung daher in keiner Weise binde, als beigelegt ansieht, fahren die nationalistischen Elemente mit ihren Versuchen fort, sich der Angelegenheit als Waffe gegen Herriot und seine Politik zu bedienen. Die oppositionelle Presse geht dabei so weit, die Zeitung der Konferenz „der Alternative auszufetzen, sich entweder dem Druck der anderen Mächte zu beugen oder aber erneut in eine isolierte Position gedrängt zu werden“.

In den Kreisen der parlamentarischen Fronde, als deren eigentlicher Drahtzieher Poincaré mehr und mehr in den Vordergrund tritt, scheint man die Hoffnung noch nicht aufgegeben zu haben, Herriot darüber zu Falle zu bringen. Das Tollste in dieser Beziehung leistet sich die „Liberté“, die rundheraus erklärt, Herriot habe nicht mehr die moralische Autorität, Frankreich, dessen Interessen er durch seinen Leichtsin und seine Geschwätzigkeit aufs Spiel gesetzt habe, auf der Londoner Konferenz zu vertreten, ja, das Blatt wagt sogar seinen Lesern vorzuerzählen, im Parlament sehe man dem Rücktritt Herriots als einer Frage von Tagen entgegen.

Der Abgeordnete Kloß, der unter radikaler Flagge die Geschäfte der Clique Poincaré-Millerand betreibt, hat angekündigt, daß er der Regierung eine neue Serie von Fragen zu stellen gedenke und daß er diesmal rückhaltlos Ausschüsse und völlige Klarheit fordern werde.

Merkwürdig scheinen diese Treiberien allmählich selbst den gemäßigten Elementen auf die Nerven zu gehen. Die „Information“, ein Blatt, das nicht im Verdacht besonderer Sympathien für das neue Regime steht, gibt dieser Stimmung Ausdruck, indem es dem Nationalen Bloque vorhält, daß er, solange er selbst am Ruder gewesen sei, nicht eins der Probleme gelöst und es seinen Nachfolgern überlassen habe, die verwickelten Knoten zu lösen, in einer Atmosphäre des Nebelwollens und voller Halsstriebe. Wenn die Vertreter der alliierten Regierungen in London sich darauf beschränken, sich lediglich mit Vorichtsmaßnahmen zu umgeben, so werde wahrscheinlich nicht viel herauskommen. Man müsse endlich aus der Aera der Mißverständnisse und des Mißtrauens heraus; denn schließlich sei die Londoner Konferenz die letzte Rettungsplanie über dem Abgrund. Das Programm der Sachverständigen sei im Prinzip angenommen, es gelte jetzt nur noch, über seine Durchführung im Rahmen des Friedensvertrags einig zu werden, und es sei wirklich nicht der Augenblick, die in Aussicht stehende friedliche Lösung durch eine künstlich erfolgte Panik der Maximalisten kompromittieren zu lassen.

Der Londoner „Daily Telegraph“ schreibt zu der französischen Behauptung, daß England die Reparationskommission erledigen wolle, daß die Reparationskommission laut Teil 8 des Versailler Vertrags keinerlei Legitimation habe, sich in die innere finanzielle und ökonomische Verwaltung in Deutschland einzumischen. Die Feststellung und Prüfung der Verfehlungen Deutschlands gegen die Dawes-Pläne lägen außerhalb des Friedensvertrags, und deshalb könne kein in dem Friedensvertrag vorgesehenes Kommando dieses Prüfungsmandat zugestanden werden.

„Daily Herald“, der seiner Erklärung den gleichen Teil des Friedensvertrags zugrunde legt, sagt, daß schließlich die Verwirklichung des Dawes-Plans von den amerikanischen und britischen

Kapitalgebern abhängt. Um ihre Unterstützung zu gewinnen, sei nötig, sie zu überzeugen, daß die alliierten Regierungen einen völlig neuen Weg einschlagen. Wenn man darauf bestehe, die alte Reparationsmaschine weiterhin laufen zu lassen, so würde dadurch das notwendige Vertrauen vom ersten Augenblick an zerstört.

Herriot hat in zwei Reden am Sonntag den Kampf gegen die verlogene Opposition aufgenommen und erklärt, daß er von seinem Wege der Aufrichtigkeit und Bereitwilligkeit zur Verständigung nicht weichen werde. —

### Der Kampf um den Toten.

Die Erregung über den Mord an Matteotti besteht unvermindert fort. Die Blätter der Opposition setzen ihre Angriffe gegen die Faschisten unentwegt fort und behaupten, daß im Schoße des letzten Kabinetts Mussolini eine ganze Reihe von Finanzskandalen schlummern und nur die übermächtige Gewalt der faschistischen Partei und die Sorge um die schwere Kompromittierung erster politischer Führer des italienischen Faschismus die Aufklärung darüber verhindere.

Die faschistischen Blätter führen gegen diese Behauptung der Opposition eine sehr heftige Sprache. Das neugegründete offizielle faschistische Blatt „Impero“ droht mit nicht unübersehender Denkschrift Rache an. Es schreibt, wenn es notwendig sei, werde auch für den sozialistischen Abgeordneten Turati ein Begräbnis erster Klasse besorgt werden.

### Der dritte Präsidentschaftskandidat

Die Konferenz der „Christlichen Politischen Aktion“ der Vereinigten Staaten wählte den Senator La Follette zum Präsidentschaftskandidaten und nahm ein Wahlprogramm an, das Verstaatlichung der Eisenbahnen, Wiederherstellung der Besteuerung übermäßiger Gewinne, Herabsetzung übertriebener hoher Tarife und mehrere andre einschneidende Maßnahmen fordert. Das Programm begründet ferner das Streben des itischen Volk nach Freiheit und Unabhängigkeit.

La Follette erklärte, er wolle als unabhängiger Kandidat in den Wahlkampf gehen, und zwar als Kandidat aller Progressisten, er wolle nicht unnützlich Kraft damit verschwenden, formal eine neue Partei zu organisieren. Dies legt La Follette in den Stand, eine Propaganda innerhalb der alten Parteien der Republikaner und Demokraten zu seinen Gunsten zu führen.

Der demokratische Parteikonvent verlor sich nach der 77. Abstimmung, die für Mc Kew 513, für Smith 367 und für Davis 76 Stimmen ergab und daher wieder ergebnislos abgeworfen war, auf Montag. Sie bringen offenbar den zweiten Kandidaten nicht heraus. —

### Notizen.

**Verichtigung.** In der letzten Nummer haben wir uns mit der „ersten Samwung“ beschäftigt, die der Londoner Konferenz gemacht wird. Es wurden die Quatreberien der Pariser nationalistischen Presse geschilert und es wurde mit dem Sage geschlossen: „Die deutsche sozialdemokratische Presse bläst es in die Flammen“. Da die Sozialdemokraten keine Nationalisten sind, so werden unsere Leser den Sachfehler selber korrigiert und richtig gelesen haben, daß die deutsche nationalistische Presse es in die Pariser Flammen bläst. —

**Die „Deutsche Zeitung“ kuschelt.** Der Verlag der „Deutschen Zeitung“ hat dem preussischen Minister des Innern, Genoffen Severing, eine Erklärung abgegeben, in der es heißt, daß die „Deutsche Zeitung“ in Zukunft bestrebt sein werde, alle Auseinandersetzungen zu vermeiden, in denen ein Anreiz zu Gewalttätigkeiten erweckt werden könnte. Infolge dieses Rückzugs wird die „Deutsche Zeitung“ nun wieder erscheinen können. —

**Schiedsspruch für das sächsische Baugewerbe.** In Dresden fanden im Arbeitsministerium Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im sächsischen Baugewerbe unter Vorsitz des Landesrichters statt. Der gefällte Schiedsspruch legt für das sächs. Baugewerbe einen Stundenlohn von 75 Pfennig fest mit Zuschlägen für Dresden und Leipzig. —

**Volksgesetzen in Braunschweig.** Im Freistaat Braunschweig wird am Sonntag eine Abstimmung über ein von den Deutschnationalen verlangtes Volksgesetz zur Aufhebung des Landtags durchgeföhrt. Nach der Verfassung ist die jetzige Session des Landtags im Januar nächsten Jahres angefallen. Selbst wenn das Volksgesetz Erfolg hätte, könnte eine Neuwahl auch nicht vor Anse des nächsten Jahres stattfinden. Das deutschnationale Volksgesetz hat also keinen Zweck und dient nur dem rechtsradikalen Agitationsbedürfnis. Der sozialdemokratische Bezirksvorstand hat daher aufgefordert, der Abstimmung fernzubleiben. —

**Die kommunistische Beschwerde beim Verfassungsausschuß.** Der Verfassungsausschuß des Reichstags tritt am Donnerstag, den 10. Juli, 5 Uhr nachmittags, zusammen. Er wird sich mit den Beschwerden der Kommunisten über die Hausdurchsuchung in den kommunistischen Fraktionszimmern am Freitag und mit den weiteren Dispositionen des Hauses befassen. —

**Ausperrung der Hamburger Bauarbeiter beschlossen.** Weil die Bauarbeiterschaft Hamburgs durch Teilstreiks eine Erhöhung ihrer Löhne um 10 bis 15 Proz. zu erlangen sucht, haben die Arbeitgeverbände die Ausperrung aller Zimmerer und Baumaafang ab 12. Juli beschlossen. Es ergeht deshalb die dringende Mahnung an alle Bauarbeiter Deutschlands, das Stadtgebiet Hamburg, Altona, Wandsbek und seine nähere Umgebung streng zu meiden. —

**Das Nicam-Protivorium.** Von französischer Seite wird mitgeteilt, daß die Kündigung des Nicamabkommens durch die Sechserkommission keine Überraschung hervorgerufen habe. Man rechnet bis Anfang August mit dem Zustandekommen einer Regelung zwischen der deutschen und französischen Regierung. Die neuen Verhandlungen über die provisorische Verlängerung des Nicamabkommens werden Mitte Juli beginnen. —

**Polen fordert Genugtuung für Allenstein.** Die polnische Regierung hat der deutschen Regierung eine Note zugehen lassen, in welcher für den am 18. März in Allenstein gegen den polnischen Botschaftsrat Ripa verübten Revolveranschlag Genugtuung gefordert wird. Wenn eine solche nicht gewährt werden sollte, so würde sich die polnische Regierung veranlassen sehen, weitere Konsequenzen zu ziehen. Unter diesen Konsequenzen ist offenbar die schon früher in Erwägung gezogene Schließung der polnischen Konsulate in Ostpreußen zu verstehen. —

### Depeschen.

#### Autounfall.

Wb. Kapellen (Kreis Weidenwisch) 7. Juli. Das Automobil des Fürsten Salmo-Reifferscheid-Erd. Salos Erd, in dem sich der Fürst selbst, drei Damen und der Chauffeur befanden, wurde, wie die „Erfeldorfer Nachrichten“ melden, als es das Bahngleis der Strecke Neuz-Düren bei der Ortschaft Haff kreuzte, von einem Zuge erfasst und mitten durchgefahren. Die Stranfen waren auch infolge eines Defekts nicht geschlossen. Der Fürst und der Chauffeur waren auf der Stelle tot, die drei Damen wurden schwerverletzt in das Krankenhaus zu Düren eingeliefert. Das Automobil ist vollständig zerstört. —

#### In ein deutsches Gefängnis überführt.

Wb. Köln, 7. Juli. Wie der „Kölnischen Zeitung“ aus Zweibrücken gemeldet wird, wurden aus dem Gefängnis in Frankreich 44 deutsche Gefangene in das hiesige französische Militärgefängnis überführt. Von den 44 waren 13 mit lebenslangem Zuchthaus bestraft worden, während die Gesamtstrafen der übrigen 290 Jahre Zuchthaus und 97 Jahre Gefängnis ausmachten. Die höchste Strafe beträgt 30 Jahre Zuchthaus, die niedrigste 5 Jahre. Die Strafen sind während des passiven Widerstandes verhängt worden bis auf eine, die erst am 24. Januar 1924 verhängt wurde. Die Beschuldigungen lauten bei den meisten Verurteilten auf Sabotage, verübte Sabotage und Spionage. —

#### Der Achtstundentag.

Wb. Genf, 7. Juli. Am Sonnabend genehmigte die Internationale Arbeitskonferenz mit 73 gegen 50 Stimmen in erster Lesung die Konvention über die Abschaffung der Nachtarbeit in den Bäckereien. Die zweite Lesung wird gemäß dem Reglement nächstes Jahr erfolgen. Mehrere Anträge über den Achtstundentag und den Entzug Sowjetrusslands in die internationale Arbeitskonferenz wurden in zunehmendem Maße an den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts weitergeleitet. Damit wurde die gegenwärtige Tagung geschlossen. —

#### Aufstand in Südrasien.

Wb. Paris, 7. Juli. Die Havas aus Montevideo erfährt, daß dort das Gerücht, daß in Südrasien eine Aufstandsbevegung ausgebrochen sei und daß das Parlament den Belagerungszustand verhängt habe. —

# Lassen Sie sich nicht beirren:



# MAGGI'S Würze ist einzig

in Qualität, Ausgiebigkeit und deshalb Billigkeit.

## Was muß der nach Amerika

### Reisende

von dem neuen  
amerikanischen  
Einwanderungsgesetz

### wissen?

Verlangen Sie  
eine kostenlose Broschüre und unentgeltliche  
Ankunft durch die Vertretung der  
**AMERICAN LINE**

Arthur Heynemann,

Magdeburg.

Otto-von-Guarlecke-Str. 27.

## Parkrestaurant Vogelgesang

Gente Dienstag, 8. Juli

### Großes Extrakonzert

ausgeführt vom 1113

Neuen Philharmonischen Orchester

— Anfang 4 Uhr. —

Der Rosengarten steht in voller Blüte!

Frühstückes Kaffeegebäude

ständig zu haben.

## Frühkartoffeln

Genauer 6.00 Mark (inklusive Sach) liefert

**Hermann Klutentrefer**

Bahnhofstr. 86, Tor 6, Fernspr. 2586 u. 1601

Trotz unserer billigen Preise gewähren wir bis zum 10. Juli

# 20% Rabatt

auf sämtliche

Baumwollwaren — Hemden — Unterhosen  
Strümpfe — Sommer-Anzüge — Jacken  
Hosen — Windjacken und Monteur-Anzüge

# „CORUCCO“

Verkaufsstellen:

Rotekrebsstraße 39, neben Bollmanns Restaurant und

Neuer Weg 19, am Alten Markt.

# Zu außergewöhnlich niedrigen Preisen

Mengenabgabe vorbehalten!

während des Saison-Ausverkaufs:

Verkauf soweit Vorrat!

Geflocht. Ledergürtel 33,  
braun und schwarz, extra weit

Koffer-Handtasche 5.90  
1a. Leder, mit bezogenem Bügel,  
gutem Moiréfutter u. Spiegel Rm.

Büstenhalter 95,  
aus weißem Stoff . . . . 1.25

Hüfthalter 1.95  
aus grauem Stoff . . . . Rm

Hüfthalter 2.95  
weiß, mit Gummi . . . . Rm

Ein Kinderhüte 48,  
Posten mit kleinen Fehlern . . 75

Ein Damenhüte 95,  
Posten garniert und ungnarniert . . .

## Damen-Strümpfe

richtige Länge, mit kleinen Schönheitsfehlern, doppelte Spitzen und Fersen, grau und beige . . . . . Paar 20  
richtige Länge, mit doppelten Spitzen und Fersen schwarz, leder, grau und modellarbig . . . . . Paar 35  
richtige Länge, prima Baumwolle, mit doppelten Sohlen, Spitze und Hochfersen, grau, mode und beige . . . . . Paar 65  
richtige Länge, prima Mako, mit doppelten Sohlen, Spitzen und Hochfersen, schwarz . . . . . Paar 150 95  
richtige Länge, prima Seidentlor, mit Naht, doppelten Sohlen, Spitzen und Hochfersen, schwarz, grau und covercoatfarbig . . . . . Paar Rm. 1.35  
richtige Länge prima Kunstseide, mit doppelten Sohlen, Spitzen und Hochfersen, schwarz . . . . . Paar 1.50

Wäschegarnitur, Taghemd und Beinkleid 1.95  
mit imit. Klöppeleinsatz oder Hohlsaum . . . . . Rm.

Herren-Hemden 2.50  
makofarbig . . . . . Rm

Herren-Beinkleid 2.25  
makofarbig . . . . . Rm.

Handtücher u. Tischwäsche  
mit kleinen Schönheitsfehlern  
aussergewöhnlich billig!

Weiß Kreton 5.90  
130 cm breit, für Bettbezüge  
4-Meter-Coupon für Rm.

Donegal 145 cm breit, 2.75  
für Mantel u. Kostüme Meter Rm.

Breiteweg 51/52

# Lange & Münzer

Breiteweg 51/52

## Gesellschaftshaus Stadt Loburg

Jeden Mittwoch von 4 Uhr an  
**Großes Kinder-Fest**  
Leitung: Der Kinderfreund Willi Strauch.  
Kinder in Begleitung Erwachsener Eintritt frei.  
Jeden Donnerstag von 4 bis 7 1/2 Uhr  
**Kaffee-Konzert**  
Eintritt frei. — Ab 5 bis 11 Uhr  
**Grosses Garten-Konzert**  
Solos Orchester.  
Mein Garten ist vollständig gartenmüßig neu angelegt und  
im das Doppelte vergrößert. — schattiger, fast windstill,  
herrlicher Anblick! 1122

## Gute Bücher

empfehl. der Buchhandlung Sallstimmer

## Scala

— Suburg, Halberstädter Straße Nr. 34 —

Verlängert

bis inkl. Sonntag der 1. Kibelungensfilm

## Giegsfeld

Beginn 7 1/2 und 10 1/2 Uhr.

## Konzerthaus

Leipziger Straße 69 Leipzig

Heute Dienstag

### 9. Abonnements-Konzert

ausgeführt vom Magdeburger Konzert-Orchester  
Leitung: Obermusikmeister a. D. Vogel  
Anfang 4 Uhr 40 Minuten Ende 11 Uhr  
Eintritt 30 Pf.

### Garten-Lichtspiele Die Badekönigin

Lustspiel in 3 Akten

In den Winterstuben  
das beliebte Liebes-Stimmungs-Trio.

## Virtus-Lichtspiele

Direktion: F. Haberland jun.

### Die Hölle von London

nach dem Roman des weltberühmten  
**Oliver Twist**  
von Charles Dickens

ein fesselndes, märchenhaftes, verführerisches  
Stück in 3 Akten von E. G. B. E. E. E.

### Marie Prevost Im Mondeslicht

Spiel in 5 Akten.  
Süßes, verführerisches, stark  
romantisches. Ein Lustspiel, um das  
man die Zuschauer beneiden muß.

### Baby Peggy Baby Peggy macht Hochzeit

Die Komödie in 3 Akten.  
Beginn: Sonntag 8 Uhr, Montag 8 Uhr.

## Bilder aller Art

gemalt und hergestellt  
billig!

Buchhandlung Sallstimmer

Magdeburg, Gr. Mühlstr. 3.

Schauen Sie auf die.

## Walhalla -Lichtspiele

### Das große Programm Königstigerin

Der moderne Gesellschaftsfilm.  
Erstklassige Rollenbesetzung.

### Das Judenmädchen von Sosnowice

Ein Sittengemälde  
mit grandioser Ausstattung.

Außerdem: 1911

### Der schöne Adrian

Das glänzende Lustspiel.  
Spielzeit: Sonntag 6 Uhr.

## Städtische Theater

Victoria-Theater  
Dienstag den 8. Juli  
**Sinfemann**  
Singspiel von E. Soller  
Anf. 8, Ende 10 1/2 Uhr

**Asthma**  
Spezial-Behandlung  
Otto-v. Guericke-Straße  
Kaiserstraße 54  
Gebüdet:  
10-12 und 3-6 Uhr  
Sonntags 10-12

Verlangen Sie in Apo-  
theken u. Drogerien die  
O-M-B-Padung 21 Apo-  
theter Schambachers  
**Rarnitol**  
besies Vorbeugungs-  
und Spezialmittel gegen  
Blähungen, Kolik u. Träm-  
melsucht bei Kindern.

**Musik-**  
Instrumente jeder Art  
sowie Erzeugnisse u. Saiten  
in guter Ausführung zu  
billigen Preisen. Gram-  
mophonplatten in bester  
Ausführung. F. Otto Müller,  
21 Neust. Weinberg 48

## Tiermarkt

Heute  
trefflichen  
gute und  
starke  
**Ferkel u. Pölie**  
Schlachter, Kautschuk,  
Verkauf bedeut. billiger.  
Neust., Eisenstr. 1,  
Fels und Gähne.

Eine Milchkuhe zu  
verkauf, b. Grundmann,  
Gartenf. Reform, S. 28

## Panorama

Direktion: F. Haberland jun.

### Sadie Gogon

in seinem besten Film

### My Boy

(Mein Junge)



### Alexander der Große

Der große Ufa-Sensations-Film  
Beginn mittags 5 Uhr, Sonntags 3 Uhr.



### Tragödie in Saule Habsburg

Das grandiose Werk!

### Chaplin hat Ausgang

Beginn: Sonntag 8 Uhr



Beginn: Sonntag 8 Uhr

## Kammer

Direktion: F. Haberland jun.

### Bruno Kastner

in dem großen internationalen Spielfilm der Saison

### Königsliebchen

Nach dem gleichnamig. Roman v. Max Schibeler.  
Starke, moderne Handlung. — Herrliche Natur-  
aufnahmen der Schauplätze der Handlung (Niviera,  
Portugal, Paris).

Internationale Besetzung:  
Ruth Weyher, Elisabeth Pinajewa, Julia Serda,  
Sophie Pagay, Paula Ebert, Lontelm Durrer,  
Lydia Potchina, Bruno Kastner, Robert Scholz,  
H. Junkermann, Erich Kaiser-Titz, Herm. Vallentin,  
Dr. Manings, Herm. Picha, Hugo Döblin, Luigi  
Serventi, Joseph Klein, Dr. W. Falk.

### Viola Dana Hallo, mein Junge!

Kölnisches amerikanisches Lustspiel in 5 Akten.

Beginn: Montags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 7. Juli 1924.

Alte Lehren und junge Menschen.

Die Abendsonne läßt über die alten Säulen, die Häuser, die Straßen Menschen und Dinge, Freund und Leid ihr Licht fluten, findet die schmalen Fenster der Wallonerkirche...

Eine helle Stimme klang durch den Raum; Wenn ich mit Menschen und mit Engeln redete, und hätte der Liebe nicht, so wäre ich ein tödend Erz oder eine klingende Schelle.

Die Worte stehen in der Bibel, aber sie wurden nicht gesprochen von der Kangel und kein Mann im schwarzen Priestergewand stand da...

Die Liebe ist langsam und freundlich, die Liebe eifert nicht, die Liebe treibt nicht Mitleiden, sie blähet sich nicht. Sie freut sich nicht der Ungerechtigkeit, sie freut sich aber der Wahrheit.

So redete das junge Mädchen und so redeten diese jungen Herzen und die jungen Augen. Es war eigentlich keine Gottgläubigkeit in ihnen, denn die Worte handelten gar nicht von Gott...

Wir haben aber den Streit um den Kirchengott, um Religionsformen. Beide Teile des Volkes wollen aus dem engen Kreis abstrakter Begriffe und lebensfremder Lehren hinaus...

An dem Kampf um die Schule sind sie beteiligt. Und wie häufig ist es gerade in diesem Streite von ihnen verhandelt worden, daß nur allein der ihnen Liebe sei und Respekt...

Wie steht diese Jugend, die in alte Kirchen geht, wieder hinat und die Bibel zu einem Lebensbuch macht, zu dem Streit um Kirche, Religion und Gottesfreiheit? Im Grunde steht sie als Jugend weder für noch gegen, es ist eigentlich nicht ihr Streit...

Von den jungen Menschen, die in der Kirche waren, zog eine Anzahl, festlich geschmückt, hinaus in den Klosterberggarten und feierte dort mit der Schulgemeinde der Buchauer Versuchsschule Sommerkonzerten...

Zu neuer Stunde saßen die Eltern, die Freunde der Schule und waren ihren Kindern, den Lehrern, der Jugend und besonders der braven Musikantengilde von Herzen dankbar.

Das Bezirksfängerfest.

Anfite im Deutschen Arbeiterfängerbund vereinigten Sangesgenossen aus dem Bezirk Magdeburg hatten mit ihrem Feste Glück. Kaum ein Wölkchen trübte während der 2 Tage den blauen Himmel...

Einen prächtigen Eindruck machte der Festzug, der sich pünktlich um 12 Uhr vom Spielplatz beim Franke-Jugendheim aus in Bewegung setzte. Mehr als 30 Fahnen, darunter manches geschichtlich ehrwürdige Stück, belebten ihn...

Erst um 2 Uhr langten die letzten Sänger auf dem Plaze vor dem Stadttheater an. Und aus vielen hundert Männerreihen brauften dann die Chöre: „Gruß an den Mai“ und das heidenhafte „Lied Hölse“, an den Mauern empor...

Am schönen, großen Garten des „Konzerthauses“ und in den Sälen herrschte dann von 8 Uhr nachmittags bis in die späten Abendstunden ein fröhliches, kameradschaftlich-brüderliches Leben und Treiben. Mit Freude und ein bißchen Wehmut — angesichts der gelichteten Wunden, der Gesichtszunnen und gebeugten Schultern — konnten sich alte Genossen begrüßen...

Wir geben nun noch unsern musikkundigen Mitarbeiter das Wort. Er schreibt: Mitwirkende am Begrüßungsabend waren das Magdeburger Konzertorchester unter Direktion des Chormusikleiters Vogel, und die Sängerschöre des Unterbezirks unter Leitung des Bezirksdirigenten Kapellmeisters W. Neuling.

Dann begannen die Gesangsbeiträge. Als erster Verein sang der Graphische Gesangverein unter Leitung des Musikdirektors Grunewald. Der Bedeutung des Konzerts entsprechend war „Liedes Weihe“ von Matkausch vorangestellt, eine schönvolle Komposition, die warme Aufnahme fand.

Der zweite Teil des Abends begann mit Kreischmiers Krönungsarsch aus den „Nollungern“, der vom Orchester mit reichlichem Fortissimo in scharfen Akkorden ausgeführt wurde. Dann sang wieder der Volkschor, u. a. eine Szene aus der Oper „Anneli“ von Müller v. d. Oer, die das schon oft anerkannte Kompositionstalent des Dirigenten sehr deutlich zeigte.

Am eigentlichen Festtag erfolgte zunächst ein Vertungssingen in drei Lokalen zu gleicher Zeit, am dem sich etwa sechzig Vereine beteiligten. An die gemeinsame Chorprobe schloß sich der festliche Umzug.

Um 3 Uhr begann das Festkonzert im „Konzerthaus“ in der Leipziger Straße. Das Konzert-Orchester untertratete wieder die Darbietungen der Sänger in beifallsreicher Weise. Kaum vermochte das vergrößerte Konzertpublikum im Garten die großen Bezirkschöre zu fassen, desgleichen der erweiterte Garten des Sängers und Festgäste.

Seefische im Sommer.

Wir erhalten diese Zeilen:

Überall, man mag hinkommen wo man will, auf See und Trit hört und sieht man die Folgen und Auswirkung der Gelbfäule. Die meisten Menschen können sich festsetzen gar nichts mehr leisten, sie müssen vielmehr von der Hand Mund leben, und meistens ist bei ihnen Schmalhansmeister.

Es ist gelungen, auch dann, wenn die Sonne es gar zu gut mit uns meint, die delikaten Meeresbewohner von den Küstentischen in vollfrischer Güte bis nach den entferntesten Ortsteilen Deutschlands zu schaffen. Besonders wir in Magdeburg, die wir die großen Seefischplätze fast direkt vor der Tür haben...

Das Fischereiamt der Vereinigten Staaten rät in seinen öffentlichen Mitteilungen jungen Mädchen an, Seefische zu essen, und zwar mindestens dreimal in der Woche, besonders im Sommer. Junge Mädchen, so wird der Rat begründet, sind besonders Erkrankungen der Schilddrüse ausgesetzt...

Die größte Beachtung verdient in der gegenwärtigen Zeit die Seefischmahlzeit für unreife unterernährte, schwache und kranke Kinder. Ihre leichte Verdaulichkeit bei reichem Eiweißgehalt läßt sie für die geschwächten, im Wachstum zurückgebliebenen Körper ganz besonders geeignet erscheinen.

Aus Anlaß des 50 jährigen Jubiläums der Feuerwehr sind der Feuerwehrgefreite Gustav Rüdernann und die Feuerwehrmänner Albert Mertens und Gustav Schäfer zu Oberfeuerwehrmännern ernannt und vom Regierungspräsidenten bestätigt worden.

Die Bäckerei Wilhelmstadt ist wegen Reparaturarbeiten von Mittwoch den 9. Juli bis einschließl. Sonntag den 3. August geschlossen. Die Bäckerei ist vom 4. August an wieder geöffnet: Montag von 4 bis 8 Uhr, Dienstag und Mittwoch von 12 bis 4 Uhr.

Verbandsstag der Feuerwehrmänner. Der im Jahre 1908 gegründete Verband deutscher Berufsfeuerwehrmänner hält am 6. bis 8. August seinen zehnten Verbandsstag im Volkshaus in Leipzig ab. Neben den Fragen der Dienstzeit, der Befoldung, der Neuorganisation der Berufsfeuerwehren und der Feuerwehren in Privatbetrieben wird auf der Tagung vor allem die organisatorische Frage der Verschmelzung des Berufsverbandes mit einer gewerkschaftlichen Großorganisation, voraussichtlich dem Staats- und Gemeindearbeiterverband, die Hauptrolle spielen.

Das Ortsratat Magdeburg vom 4. Juni 1923, das zurzeit Gültigkeit hat, ist gegenüber dem alten Ortsratat nur unwesentlich abgeändert worden. Neu hinzugekommen ist die Bestimmung, daß auch bezgl. der Farbgebung der Gebäude und des Abbruchs von Gebäudeteilen oder Änderungen an Einzelheiten von Gebäuden die baupolizeiliche Genehmigung erforderlich ist.

Der Oberpräsident erkrankt. Am Mittwoch vergangener Woche unternahm der Oberpräsident Genosse Hörsing mit dem Vizepräsidenten Hausmann zusammen eine Dienstreise nach Merseburg. In Halle traten plötzlich so heftige Schmerzen auf, daß sich der Oberpräsident in ein Hotel begeben und einen Arzt rufen mußte. Dieser konstatierte Blinddarmentzündung. Der Oberpräsident hat sich in Halle sofort einer Operation unterziehen müssen; es stellte sich Vereiterung des Blinddarmes heraus. Die Operation ist gut gelaufen. Das Befinden des Patienten ist den Umständen nach leicht.

Stenographisches. Der Stenographenbund Sachsen-Anhalt (System Stolze-Schrey), der in mehr als 150 Vereinen über 10000 Mitglieder umfaßt, hält vom 8. bis 11. August in Nordhausen seine 50. Jahreshauptversammlung ab. Der Jubiläumstagung geht in Magdeburg eine Vorfeier der Magdeburger Stenographenvereine nach Stolze-Schrey voraus.

Unglücksfall. Mit der Stichmarke „Tragischer Tod eines Kindes“ brachten wir die Mitteilung, daß sich ein 7jähriges Kind aus den dritten Obergeschoß eines Hauses im Kroatentweg gestürzt habe. Heute wird uns mitgeteilt, daß sich das Kind nicht hinabgestürzt habe, sondern hinausgefallen sei. Es handelt sich also um einen tiefbedauerlichen Unglücksfall.

Geschieden wurden aus einer Wohnung am Schreckanger mehrere Herrenanzüge und Wäste verschiedener Art, darunter Jacketts und Servietten (gez. M. L.); aus einem Schrankkasten am Breiten Wege mehrere Ober-, Sport- und Nachthemden, Taschentücher, Sporttasche, Strümpfe und Socken; aus einem Garten an der Walter-Rathenau-Straße eine braune umlederne Handtasche mit Eisenbeschlägen, eine Halskette mit 146 edlen Perlen und goldenem Schloß mit Platinetulle.

Achtung, Banarbeiter und Zimmerer! Die in der gemeindefreien Baudelegiertenversammlung festgelegten Mitgliederleistungen können am Dienstag den 8. d. M. nicht stattfinden. Die Einberufung erfolgt später. Die Vorstände.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Vorstand und Abteilungsleiter am Donnerstag den 10. Juli abends 8 Uhr, Sigmund Große Rummstraße 3. Jede Abteilung muß vertreten sein. Spielleute abends 7 Uhr. Treffpunkt Selterstraße.

Theater, Konzerte, Vorträge etc.

Victoria-Theater. Dienstag: Sinfonien. — Mittwoch: (Vorstellung für die Gesellschaft für Theater und Kunst: Renoir, etc.). Donnerstag: Renaudie. — Freitag: (Sinfonien) Franz Stein, Schauspielhaus. — Samstag: (Sinfonien) Franz Stein, Schauspielhaus. — Sonntag: (Sinfonien) Franz Stein, Schauspielhaus. — Montag: (Sinfonien) Franz Stein, Schauspielhaus.

# Nachrichten aus der Provinz.

## Republikanischer Tag.

Die Bannerweiche der Ortsgruppen Wolmirsdorf und Camswegen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, die am Sonntag gemeinsam in Wolmirsdorf vollzogen wurde, war eine äußerst würdige und wichtige Kundgebung für Republik und Freiheit. Es war ein Frontkämpfertag im wahrsten Sinne des Wortes, und daher erklärlich, daß die allpreussisch-deutsche Generallität fehlte, die sich auf den lässlich „Deutsche Tage“ getauften Festen tagen so aufblüht. Denn Frontsoldaten liegen wieder in der Front, diesmal um die Republik zu schützen. Und Wolmirsdorf ist keine Gasse, ist kein Spa, wo Reaktionsäre billige Vorbeeren ernten können. Da bleiben sie weg.

Aber ihre Opfer waren da; die Musketen aus den Gräbern. Der Augen hat zu sehen, konnte ihren entschlossenen Rienen ablesen: Genug des Unheils! Wache dem, der es wagt an den Grundfesten der Republik zu rütteln. Wir schützen sie mit Gut und Blut als den Boden, aus welchem ein Deutschland herauswachsen soll, frei nach außen und innen, ein Deutschland, das ein freies, glücklicheres Volk beherbergt als heute, ein Deutschland, das mit seinen Nachbarn in Frieden lebt und endlich die Zeit gewinnt, sich wieder zu reorganisieren.

Das stand in allen Rienen geschrieben und war auch für Hakenkreuzler zu lesen. Der Reichstag selbst, der im großen Garten der „Stadt Prag“ vom Kameraden Rabe (Magdeburg) tollkühnen wurde, gestaltete sich zu einem feierlichen

### Schauer für Republik und Freiheit.

Von weitem und treit waren die Ortsgruppen des Reichsbanners herbeigekommen, um an diesem Festtag teilzunehmen. Zu Fuß, zu Rad und mit der Eisenbahn kamen sie, zum Teil schon in den frühesten Morgenstunden, und wurden mit Musik empfangt. Alle Kameraden, die die seltenen Freuden und die so unendlichen Leiden der Front miteinander teilen, trafen sich wieder und tauschten Erinnerungen aus. Nicht um sich in Kriegervereinigungen daran zu erfreuen, sondern der Anteil war immer wieder: Wie wieder Krieg, denn nur Friede erachtet. Denn uns aber die Feinde der Republik diesen Frieden dauernd führen, dann auf, noch einmal in den Krieg für Frieden und Freiheit. Monarchistische Knechtschaft hat keine Heimstatt in Deutschland vertrieben. Nachmittags gegen 3 Uhr wurde zum Festzug angetreten. Rein, es war kein Festzug, es war ein munterer

### Marsch durch die Straßen Wolmirsdorf.

In Gruppenkolonnen und im gleichen Schritt von Anfang bis zu Ende, zeigte sich hier ein kriegsbereites Regiment von Kämpfern für die Republik. Es beharrte keines weitem Samers, daß man ausgebildet, Soldaten ehemalige Frontkämpfer vor sich hatte. Eine Warnung an die Reaktion!

Der Zug beendete sehr viele Häuser in den Gassen der Republik und die hauptstädtischen Banner einiger Arbeiter-Sparten. Augenweide auch uns Auge das eine größere Anzahl, Wolmirsdorf das aufwändigste Reichsbanner mit Fahnen und Blumen grüßten. Es hätten viel mehr sein müssen, aber es ist doch ein verheißungsvoller Anfang. Die Republikaner gremien sich ihrer haben nicht mehr. Sie werden aber, und das ist das einzige Gute, das wir dem monarchischen Unfug der „Deutschen Tage“ zu danken haben. Sie haben den Republikanern die Augen geöffnet und das Gewissen geschärft.

Unter den Mägen von Marsch leidet einer Hauptrolle und eigener Spielraum ging es durch die Straßen. Wägend ein anderer Klang. „Ich hab' einen Kameraden“. Der Zug dauerte das Denkmal, das die Stadt Wolmirsdorf im Jahre 1864 bis 66 und 70/71 gesetzt hat. Die schwarzgekleideten Soldaten liefen in sich die republikanischen Frontkämpfer eben das Andenken dieser Kämpfer. Ein ganz selbstverständlicher Teil der Arbeit, der wohl nur bei den dort gehaltenen Versammlungen hauptstädtischen Kameraden herbeigekommen hat.

Weiter ging es durch die Straßen und den beiden Frontalisten „Stadt Prag“ und „Marsch“. In der Zeit der Demonstration und Schwärzung, so folgt jetzt ein Zug mit allen Demonstrationen, so daß in der nächsten Stunde wohl allen der Abschied schon wurde.

### „Wohl mir, Ehre!“

Der Sonntag in Wolmirsdorf steht allen Demonstrationen der Jahre vorher in der Höhe. Einmal als ein Tag der Republik. Aber auch als ein Tag der Freiheit. „Wohl mir, Ehre“, ist nach einer alten Sage: — man hat immer als Gefolge — in einer 3 t ingebunden Sonntag, der mit einer sehr großen von Gedulden nach Wäschung und Wäschung und hat es sich doch von entgegen zu haben, als er das hat es erreicht, wurde der neue So erreicht. Daher soll der Mann kommen. Was es nicht sein darf nicht jemals hat auch das geben die Ehre noch ganz, und nach der Republik!

### Kreis Wangleben.

**Groß-Otterleben.** Endlich hat die Gemeindeverwaltung den Antrag zum Bau eines Gemeindefestplatzes angenommen. Es war aber auch gut.

### Kreis Kalbe.

**Stappin.** Was geht im Stappiner Stadtparlament vor? Unter dem Namen „Kommunale Reformen“ wird eine Umgestaltung der Verwaltung im Gange. Die Gemeindeverwaltung soll in drei Abteilungen unterteilt werden. Die erste Abteilung soll die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten, die zweite die Verwaltung der wirtschaftlichen Angelegenheiten und die dritte die Verwaltung der sozialen Angelegenheiten. Die Umgestaltung soll im nächsten Jahr in Kraft treten. Die Gemeindeverwaltung soll in drei Abteilungen unterteilt werden. Die erste Abteilung soll die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten, die zweite die Verwaltung der wirtschaftlichen Angelegenheiten und die dritte die Verwaltung der sozialen Angelegenheiten. Die Umgestaltung soll im nächsten Jahr in Kraft treten.

daß es so ist und daß man „uns“ — die Kommunisten — hindert, das zu tun und auszuführen, was wir für richtig halten, ist die Sozialdemokratie schuld. Die Sebering, Göring und Komjorten lassen keine Tagung eines kommunistischen Pfeifenklubs der Naturfreunde mehr zustande kommen. Hierbei werden sie eifrig von den Schmierfinken der Parteizeitungen unterstützt. Aber, sagt Wallstab, wir sind noch da: Am 10. August will man sich vor die Republik stellen, am 4. August gibt's schwarzweißen Tag und wir machen am 3. August unsere Weltrevolution; trotz Sebering, Göring und Tippo werden wir auf die Straße gehen. „Genossen“, sagt Wallstab weiter, „wir haben unsere langjährigen Mitbolschewisten Lettau aus der Partei ausgeschlossen; wenn jetzt die „Volksstimme“ über uns herfällt, dann könnt Ihr sicher sein, daß Herr Lettau die Hand im Spiele hat.“ Neben Herrn Wallstab gab sich noch ein jugendlicher Geistesverwandter, der 1918 im ersten Jahr aus der Schule war, die größte Mühe, mit entstellten Zitaten aus der „Volksstimme“ zu operieren. Vergleichlich. Wir wissen, daß die Kommunisten sich in Stuttgart nur noch durch die furchtbare Wirtschaftslage, mit der damit zusammenhängenden Erwerbslosigkeit halten können. Wir wissen auch, daß die Gefolgschaft unter den Erwerbslosen nur noch gering ist. Trotz aller Bedrohungen und Anpöbeleien werden wir der Arbeiterschaft weiter Anschauungsunterricht über die K. P. D. und ihre Führer geben. Wir lehnen es aber aus Reinlichkeitsgründen ab, unsere Informationen aus dunkeln, unfauberen Quellen zu beziehen; denn der kommunistische Kampf spielt zum Himmel und der Gestirb lebt in weiten Kreisen auch eines großen Teiles der sich zu den Kommunisten zählenden Arbeiterschaft bereits seine Wirkung aus. Warten wollen wir aber davor, sich am 3. August auf die Straße lassen zu lassen; dort hat bisher nur die Arbeiterschaft bluten müssen, während es bisher die Führer stets verstanden haben, ihre kostbare Haut in Sicherheit zu bringen und dann aus der Dunkelheit über Arbeiterberrat zu schreien.

### Zangermünde. □ Öffentliche Volksbücherei

Knaben- und Mädchenlesestube. Geöffnet Mittwochs 4-6 Uhr.

### Altmark.

**Garbelegen.** Sozialistische Arbeiterjugend. Dienstag 8 Uhr alle, Mitternacht Jugendabend; Mittwoch 8 Uhr treffen sich alle Wädel zum Wädelabend beim Genossen Böhe, alle Wädeln zur Sportgemeinschaft in der Turnhalle; Donnerstag findet eine wichtige Mitgliederversammlung im Jugendheim statt. Pünktliches Erscheinen aller Genossen und Genossinnen ist dringend notwendig.

**Stendal.** Umgestaltung der Betriebswerke in eine genossenschaftliche Betriebsform. Da die bürokratische Mehrheit schon in der früheren Periode der Stadterordneten-Versammlung grundsätzlich die Umgestaltung der Werke in eine andere Betriebsform beschlossen hatte, soll nun in der Stadterordneten-Sitzung am Freitag den 11. Juli endgültig die genossenschaftliche Betriebsform beschlossen werden. Der Magistrat sagt in seiner Vorlage, nach der mit der Thüringer Gasgesellschaft eine neue Betriebsgesellschaft gebildet werden soll, folgendes: Die Frage der Umgestaltung der Verwaltung der Betriebswerke beizulegen ist die natürlichste Körperchaften seit längerer Zeit. Die Gründe, die hierzu geführt haben, sind dem Magistrat gegeben, daß die Verwaltung nicht die erforderliche Möglichkeit zu schneller Entscheidung besitzt, indem der Vorstand der Betriebswerke zu den Vorarbeiten der Betriebsleitung der Magistrat die Kommission und die Stadterordneten-Versammlung gehört werden müssen, damit wertvolle Zeit und Vorteile verloren gehen können. Auch fehlt zuweilen die Sachkenntnis für die Entscheidung von Vorarbeiten, die zur Heranziehung von Gutachten und Anhörung von Sachverständigen führt, womit wiederum Zeitverluste verbunden sein können, ohne daß immer die wünschenswerte Klärung erfolgt. Diese Mängel sind auch in unserer Verwaltung in früheren Jahren herorgetreten. Sie werden gehoben, wenn das Verfahren bei der Entscheidung über neue Pläne verkürzt wird und nicht sachverständige Personen bei der Beratung mitwirken können. Das Verfahren wird schneller zum Ziele führen, wenn die vielen Inzianzen, die bisher bei der Entscheidung mitzubringen waren, befreit werden, z. B. wenn dem Vorstand weitgehende Befugnisse gegeben werden. Damit ist aber noch nicht die erforderliche Sachkenntnis und die Möglichkeit, Vorarbeiten sachkundig nachzuverfolgen, erreicht; es müssen immer noch Sachverständige und Anfragen bei anderen Verwaltungen notwendig werden. Außerdem wäre Aufhebung der dem Vorstand eingeräumten Befugnisse in jedem Augenblick genötigt. Aus diesem Grunde müssen die Betriebswerke entweder eine eigene juristische Person bilden oder im Wege des Vertrags mit anderen Unternehmungen zu einer Gesellschaft verbunden werden. Es ist die Gründung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung für zweckmäßig erachtet worden, und zwar mit einer Gesellschaft, die hinreichende Erfahrungen in der Verwaltung von Betriebswerken besitzt. Nachdem die Stadterordneten-Versammlung grundsätzlich der Vergegesellschaftung der Betriebswerke zugestimmt hatte, sind Verhandlungen mit mehreren Gesellschaften über die Bedingungen, unter denen sie einen Vertrag abschließen würden, angeknüpft worden, auch Einzelverträge hatten Angebote gemacht. Die Verhandlungen zweier Gesellschaften und der von ihnen beantragten Werke sind von der Kommission befragt worden. Das Ergebnis der Verhandlungen läßt sich dahin kurz zusammenfassen: Die Gesellschaften, die eine größere Zahl von Betriebswerken übernehmen oder leiten, besitzen eine Organisation, die es ihnen ermöglicht, auf alle Fragen, die entstehen können, aus dem gebotenen vorhandenen reichhaltigen Material zu antworten, die Vorteile des einen Werkes dem anderen zuzuführen, die Nachteile des einen bei dem anderen zu vermeiden. Immer das Beste und Wirtschaftlichste heranzubringen, ist ein ganz natürliches Bestreben, weil sie an dem Gewinn beteiligt sind. Die Gemeinden und Städte, die befragt worden sind, und die an Ort und Stelle befragten Personen und die Vertreter der Städte, die hier vorzuzugabe haben, sind sämtlich der Ansicht gewesen, daß sie die Vergegesellschaftung empfehlen und nicht ablehnen. Die Vertreter der Gesellschaften, die von der Stadt und der Thüringer Gasgesellschaft gegründet sind und mit den Betriebswerken, aber nicht als Eigentümer an der Gesellschaft, dem Kapitalwert und dem Gewinnbeteiligung erhalten, ist gemacht auf 10 Jahre festgelegt. Das Können ergibt der Vertrag. Unsere Betriebsverwaltung wird zur Sache Stellung nehmen in einer Sitzung am Montag abend. Es steht noch eine weitere Gesellschaft mit im Anbetracht.

**Stendal.** Stadterordneten-Sitzung am Freitag den 11. Juli, 4 Uhr, im Parksaal. Tagesordnung: 1. Bericht über die Erhebung von Vermögensverhältnissen, Erhebung einer Vermögenskartei an der Wädelmühlstraße, 2. Sachverständigenrat, Bericht von Rombold, Überlegung der Grundbesitzverhältnisse und Heranziehung von Geldbewilligungen, 3. Verhandlungen mit der Thüringer Gasgesellschaft über die Gründung einer G. m. b. H. zur Verwaltungsverwaltung der Betriebswerke, 4. Verhandlungen der Stadterordneten-Versammlung mit der Thüringer Gasgesellschaft über die Gründung einer G. m. b. H. zur Verwaltungsverwaltung der Betriebswerke, 5. Verhandlungen der Stadterordneten-Versammlung mit der Thüringer Gasgesellschaft über die Gründung einer G. m. b. H. zur Verwaltungsverwaltung der Betriebswerke.

**Stendal.** Stadterordneten-Sitzung am Freitag den 11. Juli, 4 Uhr, im Parksaal. Tagesordnung: 1. Bericht über die Erhebung von Vermögensverhältnissen, Erhebung einer Vermögenskartei an der Wädelmühlstraße, 2. Sachverständigenrat, Bericht von Rombold, Überlegung der Grundbesitzverhältnisse und Heranziehung von Geldbewilligungen, 3. Verhandlungen mit der Thüringer Gasgesellschaft über die Gründung einer G. m. b. H. zur Verwaltungsverwaltung der Betriebswerke, 4. Verhandlungen der Stadterordneten-Versammlung mit der Thüringer Gasgesellschaft über die Gründung einer G. m. b. H. zur Verwaltungsverwaltung der Betriebswerke, 5. Verhandlungen der Stadterordneten-Versammlung mit der Thüringer Gasgesellschaft über die Gründung einer G. m. b. H. zur Verwaltungsverwaltung der Betriebswerke.

**Stendal.** Stadterordneten-Sitzung am Freitag den 11. Juli, 4 Uhr, im Parksaal. Tagesordnung: 1. Bericht über die Erhebung von Vermögensverhältnissen, Erhebung einer Vermögenskartei an der Wädelmühlstraße, 2. Sachverständigenrat, Bericht von Rombold, Überlegung der Grundbesitzverhältnisse und Heranziehung von Geldbewilligungen, 3. Verhandlungen mit der Thüringer Gasgesellschaft über die Gründung einer G. m. b. H. zur Verwaltungsverwaltung der Betriebswerke, 4. Verhandlungen der Stadterordneten-Versammlung mit der Thüringer Gasgesellschaft über die Gründung einer G. m. b. H. zur Verwaltungsverwaltung der Betriebswerke, 5. Verhandlungen der Stadterordneten-Versammlung mit der Thüringer Gasgesellschaft über die Gründung einer G. m. b. H. zur Verwaltungsverwaltung der Betriebswerke.

**Stendal.** Stadterordneten-Sitzung am Freitag den 11. Juli, 4 Uhr, im Parksaal. Tagesordnung: 1. Bericht über die Erhebung von Vermögensverhältnissen, Erhebung einer Vermögenskartei an der Wädelmühlstraße, 2. Sachverständigenrat, Bericht von Rombold, Überlegung der Grundbesitzverhältnisse und Heranziehung von Geldbewilligungen, 3. Verhandlungen mit der Thüringer Gasgesellschaft über die Gründung einer G. m. b. H. zur Verwaltungsverwaltung der Betriebswerke, 4. Verhandlungen der Stadterordneten-Versammlung mit der Thüringer Gasgesellschaft über die Gründung einer G. m. b. H. zur Verwaltungsverwaltung der Betriebswerke, 5. Verhandlungen der Stadterordneten-Versammlung mit der Thüringer Gasgesellschaft über die Gründung einer G. m. b. H. zur Verwaltungsverwaltung der Betriebswerke.

**Stendal.** Stadterordneten-Sitzung am Freitag den 11. Juli, 4 Uhr, im Parksaal. Tagesordnung: 1. Bericht über die Erhebung von Vermögensverhältnissen, Erhebung einer Vermögenskartei an der Wädelmühlstraße, 2. Sachverständigenrat, Bericht von Rombold, Überlegung der Grundbesitzverhältnisse und Heranziehung von Geldbewilligungen, 3. Verhandlungen mit der Thüringer Gasgesellschaft über die Gründung einer G. m. b. H. zur Verwaltungsverwaltung der Betriebswerke, 4. Verhandlungen der Stadterordneten-Versammlung mit der Thüringer Gasgesellschaft über die Gründung einer G. m. b. H. zur Verwaltungsverwaltung der Betriebswerke, 5. Verhandlungen der Stadterordneten-Versammlung mit der Thüringer Gasgesellschaft über die Gründung einer G. m. b. H. zur Verwaltungsverwaltung der Betriebswerke.

**Stendal.** Stadterordneten-Sitzung am Freitag den 11. Juli, 4 Uhr, im Parksaal. Tagesordnung: 1. Bericht über die Erhebung von Vermögensverhältnissen, Erhebung einer Vermögenskartei an der Wädelmühlstraße, 2. Sachverständigenrat, Bericht von Rombold, Überlegung der Grundbesitzverhältnisse und Heranziehung von Geldbewilligungen, 3. Verhandlungen mit der Thüringer Gasgesellschaft über die Gründung einer G. m. b. H. zur Verwaltungsverwaltung der Betriebswerke, 4. Verhandlungen der Stadterordneten-Versammlung mit der Thüringer Gasgesellschaft über die Gründung einer G. m. b. H. zur Verwaltungsverwaltung der Betriebswerke, 5. Verhandlungen der Stadterordneten-Versammlung mit der Thüringer Gasgesellschaft über die Gründung einer G. m. b. H. zur Verwaltungsverwaltung der Betriebswerke.

**Stendal.** Stadterordneten-Sitzung am Freitag den 11. Juli, 4 Uhr, im Parksaal. Tagesordnung: 1. Bericht über die Erhebung von Vermögensverhältnissen, Erhebung einer Vermögenskartei an der Wädelmühlstraße, 2. Sachverständigenrat, Bericht von Rombold, Überlegung der Grundbesitzverhältnisse und Heranziehung von Geldbewilligungen, 3. Verhandlungen mit der Thüringer Gasgesellschaft über die Gründung einer G. m. b. H. zur Verwaltungsverwaltung der Betriebswerke, 4. Verhandlungen der Stadterordneten-Versammlung mit der Thüringer Gasgesellschaft über die Gründung einer G. m. b. H. zur Verwaltungsverwaltung der Betriebswerke, 5. Verhandlungen der Stadterordneten-Versammlung mit der Thüringer Gasgesellschaft über die Gründung einer G. m. b. H. zur Verwaltungsverwaltung der Betriebswerke.

**Stendal.** Stadterordneten-Sitzung am Freitag den 11. Juli, 4 Uhr, im Parksaal. Tagesordnung: 1. Bericht über die Erhebung von Vermögensverhältnissen, Erhebung einer Vermögenskartei an der Wädelmühlstraße, 2. Sachverständigenrat, Bericht von Rombold, Überlegung der Grundbesitzverhältnisse und Heranziehung von Geldbewilligungen, 3. Verhandlungen mit der Thüringer Gasgesellschaft über die Gründung einer G. m. b. H. zur Verwaltungsverwaltung der Betriebswerke, 4. Verhandlungen der Stadterordneten-Versammlung mit der Thüringer Gasgesellschaft über die Gründung einer G. m. b. H. zur Verwaltungsverwaltung der Betriebswerke, 5. Verhandlungen der Stadterordneten-Versammlung mit der Thüringer Gasgesellschaft über die Gründung einer G. m. b. H. zur Verwaltungsverwaltung der Betriebswerke.

**Wangleben.** Für die Werbekraft der republikanischen Idee zeugte die letzte öffentliche Versammlung des Reichsbanners im Schützenhaus. Obwohl der Stahlhelm für den gleichen Abend eine Gegenversammlung angefügt und am vorhergehenden Abend eine Mitglieder-versammlung des Reichsbanners stattgefunden hatte, war die Versammlung außerordentlich gut besucht. Kamerad Rabe (Magdeburg) sprach über Potsdamer oder Weimarer Geist, politische Willkür und Gewalttätigkeit, über Befreiung von militärischer oder geistiger Knechtschaft, die „Freiheit“ der Untertanen unter dem Regime des Reichstags und der Leibeigenschaft bis zu Wilhelm dem Selbstherrlichen, der seinen Untertanen selbst das Denken verbot. Wer die „alte, gute Zeit“ mit ihrem Servilismus, ihrem Sklavengeist, dem „Zu Befehl“, welches alle in Deutschland zugrunde gerichtet hat, zurückwünscht, wer für Männer eintrat, die zu allem geschwiegen, was Tyrann und Dummheit verurteilt, nur um den einträglichen Posten am Kaiserhofe zu behalten. Die Republik verlangt ernste, verantwortungsvolle Männer, welche der Gesamtheit des Volkes dienen wollen. Die Jugend hat die Aufgabe, sich der Kämpfe um die republikanische Idee würdig zu erweisen und die demokratischen Ideale zu verwirklichen. Kameraden, welche der Gesamtheit des Volkes dienen wollen. Die Jugend hat die Aufgabe, sich der Kämpfe um die republikanische Idee würdig zu erweisen und die demokratischen Ideale zu verwirklichen. Kameraden, welche der Gesamtheit des Volkes dienen wollen. Die Jugend hat die Aufgabe, sich der Kämpfe um die republikanische Idee würdig zu erweisen und die demokratischen Ideale zu verwirklichen.

**Westeregeln.** Die hiesige Ortsgruppe hielt eine Gründungsfeier ab. In Scharen waren die Republikaner unserer Dörfer erschienen, um ein Freieigentumsabgelegen für die Republik. Diese durch kapitalistische Willkür in Not und Elend geratenen Arbeiter haben bewiesen, daß sie eine zusammengeschweißte Masse sind, die trotz des wirtschaftlichen Niederganges in unserer Gegend ihren gerade Weg geht. Die Arbeiterjünger und die Arbeiterjugend begrüßten die Erscheinungen durch gute Gesang- und Musikstücke. Dann ergriff Kamerad Schumacher (Magdeburg) das Wort und betonte in markigen, zu Herzen gehenden Worten die unbedingte Notwendigkeit des Zusammenhalts aller ehrlichen Republikaner. Ein donnerndes Hoch auf die Republik erschallte zum Schluß dieser Ausführungen. Danach boten abwechselnd Arbeiterabfahrer, Sänger und Jugend sehr gute Leistungen. Ferner ist zu erwähnen, daß die Kameraden aus Gabelorn und Figerleben erschienen waren.

### Die Geschichte einer Abenteuerin.

In Berlin wurde eine Frau von Gernar wegen Betrugs in 21 Fällen zu 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis verurteilt, ihr Gehilfe, der frühere Regierungsrat, jetzige Rechtsanwalt Bernhard Wiener zu 2 Jahren 3 Monaten. Beiden wurden die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt. In fast zweijähriger Urteilsbegleitung ging der Vorsitzende des Gerichts Maeder auf die abenteuerliche Geschichte der Frau v. Gernar näher ein. Sie ist vor 51 Jahren in Quedlinburg als die Tochter eines Gutswallers Eck geboren, besuchte die höhere Mädchenschule bis zum 15. Jahre und lernte in Hannover die Hauswirtschaft. In Berlin lernte sie mit 17 Jahren in einem Pensionat den Gouverneur Fetto von Puttkamer kennen. Dieser nahm sie unter dem Namen einer Freifrau v. Gernar auf als seine Cousine mit nach Kamerun. Als die Fühling des falschen Namens herausgefunden war, kehrte sie nach Deutschland zurück. Sie ist auch einmal wegen Wechselfährigkeit mit dem Gericht in Konflikt geraten.

Anfang des Jahres 1919 lernte die Angeklagte den damaligen

**Pollzeipräsidenten v. Schütte in Wiesbaden** kennen, der ein sehr reicher Mann war, sein Vermögen wurde auf 14 Millionen Goldmark geschätzt. Sie wurde seine Geliebte und von ihm reichlich mit Schmuck ausgestattet und erhielt auch eine fürstlich ausgestattete Wohnung. Mit ihrem Geliebten machte sie viele Reisen. Auf seine Veranlassung ging sie eine Lauteuse mit einem Herrn v. Gernar ein. Die Ehe wurde geschieden, nachdem der Ehemann die versprochene Belohnung von 50 000 Mark erhalten hatte. Der Fied der Ehe war, die meiste Tochter der Angeklagten, deren Vater Herr v. Puttkamer sein soll, zu legitimieren. Im Jahre 1905 ging Herr v. Schütte auf eine Weltreise; er hinterließ der Angeklagten reichliche Geldmittel. Nach ihrer Bekanntschaft soll er die Arbeit gehabt haben, sie nach der Rückkehr zu betrauen.

Während der Abwesenheit des Herrn v. Schütte machte die Angeklagte die Bekanntschaft des Dr. Wiener und unternahm mit diesem Reisen nach Monte Carlo, wo gespielt wurde. Die Mittel stammten im wesentlichen von Frau v. Gernar. Als von Schütte von diesen Beziehungen erfuhr, ließ er 100 000 Mark, die noch der Angeklagten zur Verfügung standen, sperren und stellte die Geldeinzahlungen an sie ein. Die Angeklagte behauptete, daß Herr v. Schütte beabsichtigt hätte, ihr in seinem Testament

ein Legat von 250 000 Mark

auszusetzen. Herr v. Schütte ist im Februar 1919 verstorben. In dem Testament ist der Name der Frau v. Gernar nicht enthalten. Das Gericht hielt die Behauptung der Angeklagten für unwahr, daß sie bis dahin Renten von 1000 bis 2000 Mark monatlich erhalten hätte.

Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme hat das Gericht dem Angeklagten Wiener geglaubt, daß er seit 1909 für den Lebensunterhalt der Frau von Gernar im wesentlichen Sorge getragen hat. Bis auf eine Zwischenzeit von 1 1/2 Jahren, in der sie in intimen Beziehungen zu einem Herrn v. Winterfeldt stand. Auch mit andern Männern hat sie nach Beziehungen unterhalten, da sie immer einen großen Einfluß auf Männer in guter Lebenslage hatte. Sie hat von Jugend auf von fremden Geldern gelebt. Im Jahre 1917 leitete sie den Offenbarungsbuch. Um das erwünschte üppige Leben fortzuführen, verübte sie

eine große Reihe von Betrugsereien.

Sie erließ Inzerate des Inhalts: „Arbeitskräften, Dame erbt Geld, sucht Geld.“ Den Darlehensgebern deutete sie später Erweise auf ihre glänzende Wohnungseinrichtung an, daß sie eine Erbschaft zu erwarten habe, deren Auszahlung aus dem besetzten Gebiet Schwierigkeiten mache. Die Wohnung sollte sie als pfandfrei hin, und es wurden kleine materielle Sicherungsverträge abgeschlossen. Teilweise wurden sehr erhebliche Zinsen zugesichert. In der Zeit vom Juni 1918 bis Herbst 1919 hat sie ihre Speisegewinner zwölffach, die gesamte Wohnungseinrichtung viermal und einzelne Teile derselben sechs- bis siebenmal übereignet.

Die Beurteilung der Persönlichkeit des Angeklagten Dr. Wiener war dem Gericht nicht leicht. Wiener entstammt einer sehr guten, wohlhabenden Familie. Im Jahre 1918 mußte er den Offiziersdienst lassen. Als Rechtsanwält hatte er an die Schatzkammer des Reiches nicht glauben dürfen. Es bezieht der erdliche Verdacht, daß er von den Geldern, die Frau v. Gernar ihm durch ihre Betrugsereien beschaffte, Nutzen gezogen hat. In zwei Fällen gilt als festgestellt, daß Wiener Gläubiger falscher Forderungen über die Vermögenslage der Frau v. Gernar gegeben hat. In einem Falle handelt es sich

um einen Kriegsschädigten,

der so um seine eigenen Erpönerie gekommen ist. Besonders schwer wiegt bei Wiener ein Fall der Untreue. Er hatte in Reichel einen Herrn R. verheiratet. Dieser wurde verurteilt und im Gerichtshof verurteilt; er gab seinem Verheirateten die Briefkassette mit 12 000 Mark Inhalt mit dem Auftrag, das Geld seiner Frau zu geben. Der Angeklagte hat diesen Betrag nach in derselben Kasse in einem Spielklub durchgebracht. Er hat überhaupt keine getrennte Kasse geführt und die Einkünfte von Mandanten

### Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

**Groß-Otterleben.** Am Sonntag, 9. Juli, findet bei Rottung eine Kundgebung beider Ortsgruppen und hiesiger Wädeln statt. In wädeln Angelegenheiten zu erörtern. Einmalig ist es, daß jedes Wädeln zu erörtern. Einmalig ist es, daß jedes Wädeln zu erörtern. Einmalig ist es, daß jedes Wädeln zu erörtern.



